

Demokratie im Europa des Euro

Der Kurs des Bundesfinanzministers ist nicht »starrsinnig« – er nutzt die deutschen Chancen. Von Michael Heinrich

Was musste sich Wolfgang Schäuble seit der erfolgreichen Erpressung von Alexis Tsipras und dessen Regierung nicht alles für Kritik anhören: Er habe die Demokratie in Europa beschädigt, er habe dem Ansehen Deutschlands im Ausland geschadet und ja, vor allem die »europäische Idee« habe er beschädigt. Der Mann scheint nur noch unterwegs zu sein, um alles Schöne und Edle zu beschädigen. Konsequenterweise fordert eine Online-Petition seinen Rücktritt. Was aber, wenn Schäuble nicht einfach nur starrsinnig, gemein und unszial ist? Was, wenn er einfach nur gute deutsche Politik macht?

Es hat sich einiges geändert in der deutschen Politik; gegenüber Griechenland ist das jetzt nur besonders deutlich geworden. Seit Jahrzehnten profitiert die deutsche Wirtschaft mehr von der EU (und früher von der EWG) als die Wirtschaft jedes anderen Landes. Und der deutsche Staat profitiert über seine Steuereinnahmen ordentlich mit. Egal welche Partei den Kanzler stellte, die deutsche Europapolitik setzte auf Konsens. Klaglos wurde die Rolle des größten Nettozahlers der Gemeinschaft akzeptiert. Was an die Union gezahlt wurde, war nicht der Rede wert im Vergleich mit dem, was durch die Union verdient wurde. Gegenüber der SYRIZA-Regierung wurde mit dieser Konsenspolitik demonstrativ gebrochen. Obwohl es bei einer ganzen Reihe von Ländern erhebliche Bedenken gab, erzwangen Merkel und Schäuble eine kompromisslose Haltung der Eurozone: mit weniger als einer bedingungslosen Kapitulation der griechischen Regierung gaben sie sich nicht zufrieden. Deutschland hat mit der Konsenspolitik nicht nur gebrochen, dieser Bruch sollte auch für alle gut sichtbar sein – als Warnung.

Demokratie ist schön und gut. Ohne freie Wahlen kann man nicht EU-Mitglied werden. Nur darf daraus nicht abgeleitet werden, dass eine frei gewählte Regierung die einen verschuldeten Staat übernimmt, die Politik machen kann, die sie für richtig hält.

Michael Heinrich ist Politologe und Mathematiker. Die vollständige Fassung dieses Beitrags wird im September in der Zeitschrift PROKLA (Heft 180) erscheinen.

Angela Merkel und Wolfgang Schäuble forderten »Reformen« und Mario Draghi als EZB-Chef sorgte dafür, dass den griechischen Banken der Geldhahn abgedreht wurde. Die griechische Regierung hatte nur noch die Wahl entweder ganz schnell eine Parallelwährung auszugeben, was zu einem chaotischen Euro-Ausstieg geführt hätte, oder aber alles zu unterschreiben, was man ihr vorgelegt hat. Schäuble hat nicht die Demokratie in Europa beschädigt (wann und wo existierte diese phantastische unbeschädigte Demokratie eigentlich?). Er hat lediglich deutlich gemacht, wie im Europa des Euro die Demokratie funktioniert.

Aber wurde nicht genau damit die »europäische Idee« beschädigt? Dass EWG und EU nach dem Zweiten Weltkrieg den westlichen Teil Europas vom Nationalismus befreit und endlich Frieden und Völkerverständigung gebracht hätten, wird zwar immer wieder in die Welt hinausposaunt. Auch von vielen Linken wird es geglaubt, die deshalb vor jeder grundsätzlichen Kritik an der EU zurückschrecken, da sie nicht dem Nationalismus in die Hände spielen wollen. Ein kurzer Blick in die Geschichte zeigt aber ein etwas anderes Bild. Für den Frieden in Europa sorgte einerseits der Kalte Krieg – für innerwestliche Konflikte etwa zwischen Deutschland und Frankreich war kein Platz mehr – und andererseits die atomare Bedrohung: Ein Krieg zwischen den Blöcken hätte zum atomaren Inferno geführt. Der Friede in Europa war nicht die Folge, sondern die Voraussetzung für die Gründung der EWG im Jahre 1957.

Diese Gründung hatte sowohl eine politische wie eine ökonomische Dimension. Politisch war die Bundesrepublik – zwölf

Jahre nach der Niederlage des deutschen Faschismus und ohne irgendwelche Reparationen für den Angriffskrieg und die Vielzahl der begangenen Verbrechen leisten zu müssen – als EWG-Mitglied auch wieder ein vollwertiges Mitglied der »westlichen Welt«. Für den Westen war dies die gelungene Einbindung der Bundesrepublik, die nur wenige Jahre vorher von Stalin das Angebot Wiedervereinigung gegen Neutralität erhalten hatte. Ökonomisch verschaffte die EWG der schnell wachsenden deutschen Industrie den größeren Markt, den sie unbedingt brauchte. Frankreich und Italien versprachen sich von der EWG eine nachholende Entwicklung ihrer Wirtschaft und insbesondere Frankreich auch Unterstützung für seinen großen und maroden Agrarsektor.

Der bei weitem größte Profiteur von EWG und EU war die Bundesrepublik – und dies gilt auch für die Einführung des Euro. Der einheitliche Währungsraum räumte für das deutsche Kapital nicht nur die innereuropäischen Hindernisse beiseite, auch jenseits der EU verschaffte der Euro, der tendenziell schwächer als die D-Mark ist, der deutschen Exportwalze nicht zu unterschätzende Konkurrenzvorteile und längerfristig greift er die Rolle des Dollar als alleiniges Weltgeld an. Allerdings waren die deutschen Regierungen nicht mehr bereit, die enormen Vorteile, die aus dem Euro resultierten, mit den schwächeren Ländern zu teilen. Sollten die sich doch mit der für sie viel zu starken Währung alleine herumschlagen, irgendeine Art von »Transferunion« kam für Deutschland nicht infrage.

Diese Politik wurde in aller Brutalität gegenüber Griechenland durchexerziert. Dabei ging es nicht in erster Linie darum, Griechenland bis aufs Letzte auszuquetschen. Auch Merkel und Schäuble dürfte klar sein, dass die kleine, durch immer neue Sparorgien geschwächte griechische Ökonomie, niemals in der Lage sein wird, die enormen Schulden substanziell abzubauen. Entweder es kommt irgendwann ein Schuldenchnitt (oder eine enorme Laufzeitverlän-

Mitbestimmung als notwendiges Übel, das man zurechtstutzen muss. Die EU und der Euro sind dafür entscheidende Bausteine.

gerung bei gleichzeitig minimalen Zinsen, was faktisch auf das Gleiche hinausläuft) oder die sogenannten Rettungsprogramme – neue höhere Kredite, um die alten mitsamt Zinsen zu tilgen – werden zur Dauereinrichtung.

Die Politik von Merkel und Schäuble wird für Deutschland noch teuer werden. Aber sie lohnt sich trotzdem. Angesichts der enormen Krisengewinne – die Exportwirtschaft floriert mit dem schwachen Euro wie nie und der deutsche Staat profitiert davon, dass er fast keine Zinsen mehr zahlen muss – lassen sich auch die Milliarden, die irgendwann doch fällig werden, verschmerzen. Vor allem aber wird die Eurozone auf die deutsche Austeritätspolitik eingeschworen (die, das sei nur am Rande bemerkt, in der Krise in Deutschland nicht angewandt wurde, da gab es die Abwrackprämie und eine Verlängerung des Kurzarbeitergeldes).

Diese Politik entspringt nicht dem Starrsinn Schäubles, sie hat ihre Logik. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes verschwand der Ost-West-Konflikt mit dem all die vielen anderen Konflikte zugedeckt worden waren. Die USA blieben zwar als einzige Supermacht übrig, aber ihre Dominanz ist weit geringer als während des Kalten Krieges. Mit den Kriegen in Afghanistan und Irak wurde außerdem deutlich, dass die USA zwar jede Armee der Welt vernichtend schlagen können, dass der militärische Erfolg aber keineswegs bedeutet, dass man die Nachkriegsordnung uneingeschränkt bestimmen könnte. Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends schlug die Stunde der Mittelmächte. Brasilien und ganz Lateinamerika betreiben eine Politik, die unabhängiger von den USA ist, als dies seit Jahrzehnten der Fall war. China ist zum weltweiten Global Player geworden, sowohl auf politischer wie auf ökonomischer Ebene. Russland konnte zwar nicht an den Supermachtstatus der Sowjetunion anknüpfen, ist als Mittelmacht aber nicht zu unterschätzen. Und in West-

europa? Da ist Deutschland schon längst die politisch und ökonomisch führende Macht, die zunehmend weltpolitische Ambitionen entwickelt. Nicht die weltweiten Militäreinsätze, an denen sich Deutschland inzwischen beteiligt, sondern der Euro und die Kontrolle der Eurozone sind dafür der Ausgangspunkt. Für große Teile des deutschen Kapitals ist auch die EU längst nicht mehr groß genug. Die Eurozone ist lediglich die Basis, von der die weltumspannenden Exportoffensiven ausgehen. Dafür muss die Eurozone aber auch entsprechend dem deutschen Modell ausgerichtet werden. Dazu gehört nicht nur eine stabile Währung, sondern auch den Sozialstaat auf eine Minimalsicherung zu beschränken und Schutzrechte der Beschäftigten abzubauen. Der weltweite Wettbewerb ist hart, da dürfen nicht schon »zu Hause« die Profitinteressen des Kapitals eingeschränkt werden. Genau das ist der Sinn der von Merkel und Schäuble forcierten Politik. Dass sie dieses Programm durchsetzen können, liegt nicht allein an der deutschen Übermacht in der EU oder der Brutalität, mit der sie vorgehen. Das von ihnen verfolgte Programm trifft sich hier durchaus mit den Interessen jener Kapitalfraktionen der anderen EU-Länder, die fit für den Weltmarkt sind und sich der aggressiven deutschen Exportstrategie anschließen wollen.

Die veränderte Rolle Deutschlands wird richtig deutlich, wenn man über die Europapolitik hinausschaut. Dazu nur zwei Beispiele. Vier Wochen lang streikten im Juni und Juli die Postangestellten: Nicht in erster Linie für höhere Löhne, sondern für die Auflösung von neu gegründeten Tochtergesellschaften, in denen für die gleiche Arbeit bis zu 20 Prozent weniger Lohn gezahlt wird. Begründet wurde diese Lohnsenkung mit dem Erhalt der »Wettbewerbsfähigkeit«. Dabei hat der Konzern einen Vorsteuergewinn von über drei Milliarden Euro und ist Marktführer. Der Streik endete, zumindest

was die Hauptforderung nach Auflösung der neu gegründeten Gesellschaften angeht, mit einer völligen Niederlage. Auch in Deutschland wird das Kapital deutlich aggressiver.

Und dann wäre da noch TTIP, die große transatlantische Freihandelszone. Der Abbau von Zöllen ist dabei das geringste Problem. Wichtiger sind die Angleichungen von Standards, da wird es mit ziemlicher Sicherheit sowohl in den USA als auch in der EU deutlich nach unten gehen. Und schließlich die Schiedsgerichte: Ursprünglich mal eingeführt um ausländische Investoren gegen entschädigungslose Enteignung zu schützen, geht es inzwischen nicht mehr nur um getätigte Investitionen, sondern um erwartete Profite, die durch staatliches Handeln eingeschränkt werden. So wie Griechenland jetzt erst mal alle wichtigen Gesetzentwürfe in Brüssel vorlegen muss, bevor sie überhaupt dem Parlament zugeleitet werden, wird in Zukunft bei wichtigen Gesetzesvorhaben immer mit einberechnet werden, wie hoch die Entschädigungsforderungen internationaler Konzerne sein werden.

Es wird dann in der EU so ein bisschen wie in der Eurozone aussehen: Die Bevölkerung kann sich zwar die Regierung wählen, die sie haben möchte, der Spielraum dieser Regierung gegenüber dem Kapital ist aber erheblich eingeschränkt. »Marktkonforme Demokratie« eben. Wie hieß es schon 2011 bei Merkel: Wir leben ja in einer Demokratie und deshalb »werden wir Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie auch marktkonform ist«. Parlamentarische Mitbestimmung als notwendiges Übel, das man entsprechend zurechtstutzen muss. Die EU-Institutionen und insbesondere die Abgabe des nationalen geldpolitischen Einflusses durch die Einführung des Euro sind dafür entscheidend wichtige Bausteine. Dass die EU doch eigentlich gut und nur die Politiker so borniert sind, dass sie die »europäische Idee« beschädigen, sollte man vielleicht doch noch einmal überdenken.